

## Protokoll

über die 14. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Wedel  
am Dienstag  
dem 03.12.2019, im Ratssaal des Rathauses

---

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:50 Uhr

### Anwesend:

#### CDU-Fraktion:

Herr Detlev Blohm	
Herr Kay Burmester	Vorsitzender
Herr Wolfgang Dutsch	
Herr Jörg Keller	

#### WSI:

Herr René Penz

#### Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Rainer Hagendorf  
Herr Hellmut Metz  
Herr Olaf Wuttke

#### SPD-Fraktion:

Herr Manfred Eichhorn  
Herr Claus-Harald Güster  
Frau Sophia Jacobs-Emeis

#### FDP-Fraktion:

Herr Martin Schumacher	stellv. Vorsitzender
------------------------	----------------------

#### Fraktion DIE LINKE:

Herr Pawel Jürgens-Grimm

#### Seniorenbeirat:

Frau Christel Grunsdorf	Vertreterin für Hr. Helms
Herr Bruno Helms	

#### Jugendbeirat:

Frau Vivian Müller	Vertreterin für Anton Gotzes
--------------------	------------------------------

---

Umweltbeirat:

Frau Nicole Götttsche

Verwaltung:

Herr Karl-Heinz Grass	Fachdienstleiter
Frau Katrin Matthies	
Frau Gisela Sinz	Fachbereichsleiterin
Frau Anneka Warsitz	Fachdienstleiterin

Gäste:

Herr Stephan Rehder	Rehder Wohnungsbau
Herr Michael Ruffing	me di um Architekten
Herr Nicolas Willms	W2A Architekten

Es fehlte entschuldigt:

Herr Willibald Ulbrich	<u>Bündnis-90/Grüne-Fraktion</u>
Herr Dr. Friedhelm Michalke	<u>SPD-Fraktion</u>

Es sind 1 Pressevertreter und ca. 23 Zuhörende anwesend.

Um 18:00 Uhr begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Herr Burmester beantragt die Tagesordnung wie vorliegend zu beraten und für die Punkte 13 bis 13.3 die Öffentlichkeit auszuschließen.

Der Antrag wird mit **13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen** angenommen.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
  - 2.) **Anhörung der Beiräte**
  - 3.) **Protokollgenehmigung**
    - 3.1 **Protokoll der 12. Sitzung vom 22.10.2019**
    - 3.2 **Protokoll der 13. Sitzung vom 12.11.2019**
  - 4.) **Präsentation eines Wohnungsbauprojektes in der Hafenstraße, ehemals "Haus Pamir", durch den Vorhabenträger**
  - 5.) **Radschnellweg Auweidenweg - Verlängerung der Veloroute von Hamburg nach Wedel**  
**Vorlage: BV/2019/123**
  - 6.) **Projektidee "Breiter Weg 11"; hier: Bericht aus den Fraktionen**
-

- 7.) Haushaltssatzung 2020; 2. Lesung  
Vorlage: BV/2019/125
- 8.) Antrag der FDP-Fraktion vom 26.09.2019; hier: Regionalplan III
  - 8.1 Bericht der Verwaltung über bisherige Anmeldungen
- 9.) Anfrage der FDP-Fraktion vom 12.11.2019; hier: Umbau der Bahnhofstraße zur Gemeinschaftsstraße
- 10.) Antrag der SPD-Fraktion; hier: Ring-Linie und Ruf-Taxi
- 11.) Mitteilungen und Anfragen
  - 11.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
  - 11.2 Sonstiges
- 12.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.
  - 12.1 Einvernehmen nach dem BauGB  
hier: Bullenseedamm 1a, Erweiterung der vorhandenen Unterkunft für Wohnungslose  
Vorlage: BV/2019/146
  - 12.2 Einvernehmender nach dem BauGB  
hier: Neubau eines Doppelhauses mit 2 Wohneinheiten sowie eines Mehrfamilienhauses mit 4-5 Wohneinheiten und Tiefgarage  
Vorlage: BV/2019/147

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 13.) Mitteilungen und Anfragen
  - 13.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
  - 13.2 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben  
Vorlage: MV/2019/109
  - 13.3 Sonstiges
- 14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



## **Öffentlicher Teil:**

### **1.) Einwohnerfragestunde**

Herr Pflüger fragt anlässlich der Berichterstattung über den Hamburger Klimaplan und dem dort genannten Ziel, dass alle Fahrzeuge klimaneutral werden müssten, ob die geplante Beratung unter TOP 5 noch sinnvoll sei. Aus seiner Sicht müsse Wedel sich die Frage stellen, ob das Fahrrad oder die S-Bahn Priorität habe.

Herr Burmester bittet darum, die Beratung zu TOP 5 abzuwarten, um die Aussprache nicht vorzuziehen.

Eine Besucherin der Einwohnerversammlung schildert ihren grundsätzlich guten Eindruck von der Veranstaltung. Im Nachgang sei ihr allerdings aufgefallen, dass der Klimawandel thematisch nicht behandelt wurde, was aus ihrer Sicht gut mit den anstehenden Einsparungen zu verbinden gewesen wäre. Beispielsweise: Wie bekommen wir in Wedel ein klimaneutrales Schwimmbad, verbunden mit der Frage, ob es notwendig ist, ein ständig beheiztes Außenbecken vorzuhalten.

Steuererhöhungen wären vor diesem Hintergrund nicht verständlich, wenn die Ziele der Stadt Klimaneutralität, Familienfreundlichkeit und Wirtschaftsförderung sein sollen.

Herr Burmester dankt für den Beitrag und ermuntert, die Sitzungen der Fachausschüsse und des Rates zu besuchen.

Anschließend wird die Einwohnerfragestunde unterbrochen und vor TOP 12.2 von Herrn Burmester erneut eröffnet.

Frau Woehe berichtet, dass die Nachbarn der Pestalozzistraße 22 in großer Sorge seien, dass das Neubauvorhaben das Wohngebiet verändere. Sie haben drei Anfragen formuliert, die den Mitgliedern des Planungsausschusses und der Verwaltung schriftlich vorgelegt wurden.

Herr Grass erläutert, dass die Verwaltung nach eingehender Prüfung zu der Beurteilung gekommen ist, dass die geplanten Gebäude sich in die Umgebung einfügen.

### **2.) Anhörung der Beiräte**

Frau Müller berichtet über die erfolgte Neuwahl des Jugendbeirates, die konstituierende Sitzung wird kommende Woche stattfinden.

Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten.

Frau Götsche informiert für den Umweltbeirat, dass am 13. Februar 2020 eine Informationsveranstaltung zur Fahrrinnenanpassung stattfinden wird, voraussichtlich in der Volkshochschule.



**3.) Protokollgenehmigung****3.1.) Protokoll der 12. Sitzung vom 22.10.2019**

Das Protokoll der 12. Sitzung vom 22.10.2019 wird ohne Änderungen mit 10 Ja/ 0 Nein/ 3 Enthaltungen genehmigt.

**3.2.) Protokoll der 13. Sitzung vom 12.11.2019**

Das Protokoll der 13. Sitzung vom 12.11.2019 wird ohne Änderungen mit 10 Ja/ 0 Nein/ 3 Enthaltungen genehmigt.

**4.) Präsentation eines Wohnungsbauprojektes in der Hafenstraße, ehemals "Haus Pamir", durch den Vorhabenträger**

Herr Rehder stellt sich vor und dankt für die Möglichkeit der Projektvorstellung im Ausschuss. Dieser Termin sei für ihn besonders wichtig, da nach zehnjährigen Verhandlungen ein Kaufvertrag für das Gelände in der Hafenstraße geschlossen werden konnte und die ursprüngliche Planung für den Bereich nun weitergeführt werden kann. Er gibt einen kurzen Rückblick auf den Rahmenplan für die Maritime Meile aus 2006. Zwischenzeitlich ist die damalige Planung für die Bereiche Ladiges Elbpark, Strandweg und Hafen in großen Teilen umgesetzt, lediglich das Gelände von Haus Pamir ist noch unverändert.

Herr Ruffing stellt anhand einer Präsentation den derzeitigen Stand der städtebaulichen Planung für das Grundstück vor und stellt die Unterschiede -insbesondere in der Anordnung der Gebäude auf dem Gelände- zur bisherigen Idee heraus. Die Präsentation wird an die Mitglieder des Planungsausschusses verschickt.

Im Anschluss erläutert Herr Rehder seine Sichtweise der Problematik der Finanzierung für die Anteile des sozial geförderten Wohnungsbaus an Neubauvorhaben in Wedel und stellt die Anfrage an die Politik, ob es für das Bauvorhaben Hafenstraße vorstellbar sei, einen Teil des öffentlich geförderten Wohnraums durch den Neubau von geförderten Wohnungen an der Pinneberger Straße zu kompensieren. Zusätzlich weist er darauf hin, dass derzeit mit einem Anteil von insgesamt 30% der Wohneinheiten geplant wird.

Herr Wuttke dankt für die Projektvorstellung, insbesondere die Darstellung von Höhen und Topographie sei informativ. Die Fraktion Bündnis-90/Grüne wird die nun vorliegende Planung beraten.

Herr Eichhorn stellt fest, dass die Meinung der SPD-Fraktion nicht direkt mitgeteilt werden kann, da weitergehende Beratungen notwendig seien. Grundsätzlich möchte die SPD daran erinnern, dass die vom Rat im Grundsatzbeschluss geforderten 30% öffentlich geförderter Wohnraum auf die Wohnfläche bezogen seien und nicht auf die Wohneinheiten. Eine Kompensation eines Teils der Wohnung an einem anderen Standort halte er aber grundsätzlich für vorstellbar.

Herr Penz begrüßt grundsätzlich die Planungen, da der derzeitige Gebäudekomplex das Stadtbild nicht bereichere und „nicht schützenswert“ sei. Die WSI-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die Investitionskosten für das Grundstück überdurchschnittlich hoch sind, dennoch habe ein „Tausch“ mit der Pinneberger Straße einen „schalen Beigeschmack“. Es sei gerade nicht die Intention des Ratsbeschlusses gewesen, sozialen Wohnraum aus Neubauprojekten in sehr guter Lage herauszuhalten, vielmehr war eine „gute

---

Durchmischung der Wohnschichten“ in allen Stadtteilen gewünscht. Möglicherweise könnte sich die Fraktion jedoch mit einer Kompensation einverstanden erklären, wenn die Quote „30 % der Wohnfläche“ erfüllt werde.

Die Linke macht deutlich, dass es aus ihrer Sicht keine Alternative zu der festgelegten Quote von 30% der Wohnfläche gibt. Norderstedt habe einen Grundsatzbeschluss von 50% auf Initiative der CDU gefasst, dies sollte die Wedeler Fraktionen motivieren, den Ratsbeschluss zu überdenken und vergleichbar anzupassen.

Herr Schumacher teilt mit, dass die FDP-Fraktion mit dem nun vorgestellten Entwurf gut leben kann und findet die derzeitige Planung sehr ansprechend, die Gebäude wirken deutlich leichter als die bisherige Bebauung. Eine Kompensationslösung an anderer Stelle sei für die FDP auf Grund der hohen Grundstückspreise im Hafenumfeld vorstellbar.

Herr Keller merkt an, dass vom Strandweg das hohe Gebäude lediglich durch die Sichtachse sichtbar sein wird, da es im restlichen Bereich von den anderen Gebäuden abgeblockt würde.

Herr Blohm ist der Ansicht, dass die CDU-Fraktion die Kompensation der öffentlichen geförderten Wohnung vermutlich mittragen wird.

Angesichts der großen Gebäudemasse fragt Herr Metz, wieweit die GRZ- und GFZ-Werte der ursprünglichen Planung von 2010/2011 überschritten werden und wie groß die Bruttogeschossfläche sei.

Herr Ruffing legt dar, dass die ursprünglichen Werte lediglich leicht überschritten werden.

Herr Burmester dankt für die ausführliche Präsentation und verweist auf die folgenden notwendigen Beratungen in den Fraktionen.

#### **5.) Radschnellweg Auweidenweg - Verlängerung der Veloroute von Hamburg nach Wedel** **Vorlage: BV/2019/123**

Burmester verliest den Beschlussvorschlag und verweist auf die Beantwortung der Fragen aus der 12. Sitzung durch die Verwaltung.

Bei Herrn Schumacher verbleibt die Skepsis aus der Sitzung des Planungsausschusses im Oktober. Unabhängig von der Finanzierungsfrage macht er deutlich, dass aus seiner Sicht die aktuelle Klimadiskussion nur ernst genommen werden kann, wenn die Stadt Wedel mit aller Priorität den zweiten S-Bahnhaltepunkt verfolgt.

Da hierfür womöglich Anteile des Auweidenweges für den Ausbau auf eine zweigleisige Gleisanlage benötigt werden, wird die FDP der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Eichhorn führt für die SPD-Fraktion aus, dass die Problematik vermutlich allen Fraktionen klar sei, zumal eine 2. Gleistrasse immer schon gewünscht wurde, unabhängig von einem zweiten S-Bahnhof. Dennoch ist eine Mehrheit der SPD-Fraktion für den Beschluss der Planung eines Radschnellweges. Der Ausbau der Gleistrasse sei höchstens mittel-, wahrscheinlich erst langfristig machbar, falls überhaupt. Solange sollte keine Untätigkeit entstehen, das Risiko, den Radweg gegebenenfalls in der Zukunft in Teilen umbauen zu müssen, würde daher in Kauf genommen.



Frau Sinz ergänzt, dass vorerst nur die Planung beschlossen wird, für die in 2019 noch ausreichend Mittel vorhanden sind. Diese Planung wird auch die Vermessung und mögliche Grundstückskäufe eruieren, die möglicherweise auch für eine Veränderung der Gleisführung notwendig wären. Insofern wären mit den Planungsergebnissen vermutlich Fragen aus beiden Bereichen (Radschnellweg und Gleisführung) zukünftig besser zu beantworten.

Herr Hagendorf unterstützt die Klarstellung von Frau Sinz und macht deutlich, dass auch die Fraktion Bündnis-90/Grüne Erkenntnisse bekommen möchte, welche Möglichkeiten sich für den Radweg und den S-Bahnhof ergeben, insbesondere im Landschaftsschutzgebiet. Dies erhofft sich die Fraktion von der nun zu beauftragenden Vorplanung für den Radschnellweg.

Herr Keller führt aus, dass die CDU zwar ein sehr gutes Verkehrswegenetz in Wedel möchte, aber kein „nice to have“. Er bezweifelt, dass 90.000 Euro für die Planung ausreichen. Der geplante Radschnellweg habe nur eine Abzweigung am Bahnübergang im Aital. Das Fachmarktzentrum Famila sei beispielsweise über diesen Weg nicht zu erreichen. Hinzu käme, dass es einen neu hergerichteten Radweg entlang der B431 gäbe. Fraglich sei daher, wie viele Leute diesen neuen Weg benutzen würden. Den Ausbau, sofern die Vorplanung zu einem Umsetzungsbeschluss führen würde, zu einem großen Anteil aus Fördergeldern bestreiten zu können, wäre grundsätzlich positiv. Aber die Eigenmittel der Stadt für die Gesamtmaßnahme seien in der derzeitigen finanziellen Situation nicht aufzubringen.

Herr Penz äußert das Befremden der WSI-Fraktion, dass Restmittel aus 2019 für die Reparatur und Sanierung von bestehenden Radwegen vorhanden sind. Ihn verwundere, dass angesichts der vielen maroden Radwege in Wedel in 2019 keine oder nicht ausreichend Instandsetzungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Nun seien Restmittel vorhanden, die aber nicht zwingend ausgegeben werden müssten. Angesichts der schlechten Haushaltslage plädiert die WSI dafür, die Mittel zu sparen und die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes abzuwarten.

Herr Burmester bestätigt, dass bei Nichtverwendung das Geld nicht verfällt, wie oft umgangssprachlich beschrieben wird, sondern im Haushalt der Stadt Wedel verbleibt.

Herr Wuttke möchte wissen, was der Radweg im Naturschutzgebiet bedeutet. Dies wird nur durch eine erste Planung zu klären sein, um über eine mögliche Umsetzung hinterher fundiert entscheiden zu können.

Bisher gibt es insbesondere auf dem Teilstück des Auweidenweges zwischen dem Rheingoldweg und dem Aital eine hohe Fußgänger- und Hundehalterfrequenz; gerade Hunde könnten den Verkehr auf einem Radschnellweg stören.

Herr Hagendorf widerspricht der Aussage, dass es keine Instandsetzungsmaßnahmen an Radwegen gegeben habe. Die Radwege am Breiten Weg und am Tinsdaler Weg werden saniert, die Wege an der Schulauer Straße neu geplant. Man könne nicht behaupten, dass in Wedel nichts an den Radwegen getan wird.

Herr Penz meint jedoch, dass die Politik es offensichtlich nicht geschafft habe, die zur Verfügung stehenden Mittel rechtzeitig vernünftig zu verplanen.

Herr Schumacher äußert sein Unverständnis, dass trotz möglicher Kollision mit der S-Bahn-Planung zuerst der Radweg geplant wird, seiner Ansicht nach müsse die Bahntrasse zuerst geplant werden.

Die Linke spricht sich für die Orientierung nach Hamburg und damit für den Radweg aus.

---

Der Ausschuss beschließt mit **7 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltungen**:

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss der Stadt Wedel beschließt die Planung für den Neubau eines Radschnellweges im Auweidenweg als Verlängerung der Veloroute von Hamburg nach Wedel.

Hierzu sind ein fachkundiges Ingenieurbüro einzuschalten und die entsprechenden Haushaltsmittel bereit zu stellen.

Die Planung hat unter Berücksichtigung und Einbeziehung zur Verfügung stehender, zutreffender und aktueller Förderprogramme zu erfolgen.

**6.) Projektidee "Breiter Weg 11"; hier: Bericht aus den Fraktionen**

Die FDP sieht trotz der gelungenen Präsentation des Projektes keine Möglichkeit für eine Umsetzung, weil die Funktion des bestehenden Grünzugs nicht in Zweifel gezogen wird.

Die SPD und die CDU werden das Projekt aus den gleichen Gründen nicht befürworten.

Die Fraktion Bündnis-90/Grüne ist der Ansicht, dass man das Projekt nicht im Ausschuss hätte vorstellen müssen, da es sich um eine wichtige Grünachse für das Stadtklima handelt. Eine Ablehnung war daher bereits im Vorwege erkennbar.

Herr Burmester erläutert, dass er als Vorsitzender sich für eine Präsentation im Ausschuss ausgesprochen habe. Die Verwaltung hatte dem Antragsteller bereits erläutert, dass der Antrag vermutlich keine Aussicht auf Erfolg hat. Dennoch sei er der Ansicht, dass auch die anderen Fraktionen solche Entscheidungen mitzutragen haben, was nur über die Präsentation im Ausschuss geschehen könne.

Die Linke und die WSI-Fraktion schließen sich der Meinung der anderen Fraktionen an.

Der Verwaltung wird für die gute und klare Stellungnahme gedankt.

**7.) Haushaltssatzung 2020; 2. Lesung  
Vorlage: BV/2019/125**

Herr Penz stellt für die WSI-Fraktion den Antrag, im Produkt 5110-01000 die Planungskosten für die Wohngebietsentwicklung Wedel-Nord von 669.500 Euro auf 200.000 Euro zu kürzen (Anlage zum Protokoll).

Herr Wuttke fragt ob es denn realistisch sei, dass in 2020 ein Fortschritt bei der Planung für Wedel Nord erfolge und die eingeplanten Mittel in der Höhe benötigt werden.

Herr Grass erläutert, dass Gelder für die erforderlichen Fachgutachten benötigt werden, sofern der Rahmenplan verabschiedet ist. Dieser wird derzeit überarbeitet und in Kürze mit den Fraktionen besprochen.

Herr Burmester verliert den Antrag der WSI-Fraktion und lässt über diesen abstimmen. Der Antrag wird mit 1 Ja / 11 Nein / 1 Enthaltung abgelehnt.





Herr Wuttke erinnert an die Fragen der Fraktion Bündnis-90/Grüne an die Verwaltung bezüglich der vorhandenen Restmittel der Rad- und Fußwegeplanung Mühlenstraße. Herr Grass erläutert die gewünschten Zahlen. Beauftragt wurden in 2019 die Vorplanung der Wegeföhrung (Phasen 1+2), das Brückenbauwerk (Phasen 1+2) und die Vermessung, die Mittel hierfür betragen ca. 46.000,- Euro. Aus Gesprächen mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem LLUR zum Biotopschutz gibt es ein Angebot über ca. 16.500 Euro für die Berücksichtigung des Artenschutzes. Die Wege- und Brückenplanung wird jedoch zurückgestellt, bis das Konzept zum Biotopschutz steht, um dann die Planung darauf aufzubauen. Somit verbleiben ca. 10.000,- Euro Restmittel; ca. 62.000,- Euro sind bereits beauftragt und werden übertragen.

Frau Sinz greift die Frage aus den vorangegangenen Sitzungen auf, ob es Einsparpotenziale durch eine Reduzierung des Ostmolenausbaus am Hafen geben könnte. Diese Frage wurde an die DSK als Sanierungsträger der Stadt Wedel weitergegeben. Aus der seit kurzem vorliegenden Antwort zitiert sie folgende Ausschnitte:

„Der Umbau der Ostpromenade stellt das gestalterische Highlight des Wedeler Hafens dar. Die bisher erfolgten, ebenfalls kostenintensiven Eingriffe am Hafenareal, sind im Wesentlichen technische Ingenieurbauwerke. Mit der Gestaltung einer attraktiven Ostpromenade werden die angestrebten Sanierungsziele verfolgt. Ohne diese Neugestaltung würden wesentliche Teile der Sanierungsziele nicht erreicht werden.“... „Bei Nichtumsetzung der Planung wird der Fördermittelgeber die Maßnahme als „aufgegeben“ bewerten. Nur bei ausreichender Begründung erklärt sich der Fördermittelgeber u.U. bereit anteilig die bisherigen Planungskosten zu tragen. Aufgrund des fortgeschrittenen Verfahrensstand und der kurz bevorstehenden baulichen Realisierung der Maßnahme ist mit einer solchen Anerkennung nach unserer Einschätzung nicht zu rechnen, so dass die Stadt Wedel sämtliche bislang angefallenen Kosten aus Haushaltsmitteln tragen müsste.“

Das Schreiben wird an die Mitglieder des Planungsausschusses verschickt.

Die Fraktionen stimmen darin überein, dass eine Verringerung der Baumaßnahme bei diesem Risiko nicht weiter überlegt werden muss. Herr Jürgens-Grimm bringt ein, dass die Fraktion Die Linke grundsätzlich gegen weitere Ausgaben im Hafen sei, aber diese Haltung nach der Antwort der DSK in der Fraktion neu bewertet werden müsse.

Herr Schumacher erinnert, dass Die Linke bei den ursprünglichen Planungen des neuen Hafens immer zugestimmt habe.

Herr Burmester stellt daraufhin nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat mit **11 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen**:

**Beschluss:**

Der Planungsausschuss empfiehlt für die Produktbereiche in seiner Zuständigkeit den Haushalt 2020 dem Rat zur Beschlussfassung.



**8.) Antrag der FDP-Fraktion vom 26.09.2019; hier: Regionalplan III**

**8.1.) Bericht der Verwaltung über bisherige Anmeldungen**

Schumacher erläutert die Beweggründe für die Anfrage der FDP an die Verwaltung zum Regionalplan.

Anhand einer Präsentation stellt Herr Grass die Veränderungen in der Regionalplanung und die Entwicklungen in Wedel vor.

Die Präsentation wird an alle Mitglieder des Planungsausschusses verschickt.

Herr Schumacher dankt für die klare Präsentation der Rahmenbedingungen. Bezüglich des B-Planes 27d habe er verlauten hören, dass die Vertreter der Landesplanung von der Stadt Wedel ein politisches Votum über die Verschiebung der Siedlungsgrenze erwarten; hierzu wird die FDP im Januar einen Antrag stellen.

**9.) Anfrage der FDP-Fraktion vom 12.11.2019; hier: Umbau der Bahnhofstraße zur Gemeinschaftsstraße**

Herr Schumacher erläutert die Intention des Antrages. In der jüngeren Zeit sei das Thema „Bahnhofstraße“ an vielen Punkten in Einzelaspekten aufgetaucht, z.B. bei Anfragen zur Gestaltung an der Doppeleiche, den Anträgen des Seniorenbeirates und der Frage der Veränderung der Einfahrtsregelungen Spitzerdorfer Straße.

Wenn so viele Impulse gesetzt werden sollen, müsste aus Sicht der FDP wieder ein Gesamtplan für die Bahnhofstraße beraten werden.

Herr Eichhorn erinnert daran, dass es bereits 2017 einen Antrag der SPD gab, die Planungskosten zu ermitteln. Das Konzept des Workshops wäre hervorragend gewesen, mittelfristig sollte die Bahnhofstraße attraktiv umgestaltet werden. Zumindest erste Schritte könnten sofort in Angriff genommen werden.

Aus der Sicht von Frau Sinz gibt es allerdings neue Rahmenbedingungen gegenüber dem Workshop-Ergebnis von 2012, die in einem neuen Gesamtkonzept berücksichtigt werden müssten, wie das Smartcity-Konzept, E-Mobilität, etc.

In 2020 sollte -ohne umfangreiche Haushaltsmittel- mit dem/der Mobilitätsmanager\*in die Planung aktualisiert werden, anschließend müsste es einen Grundsatzbeschluss zur Neugestaltung der Bahnhofstraße geben. Dann können auch die angesprochenen Teilprojekte in einem neuen Gesamtplan Berücksichtigung finden.

Herr Schumacher fragt nach, ob aus der Sicht von Frau Sinz dann auch bereits die Neuplanung der Verkehrsregelung Spitzerdorfer Straße und die Parkplatzfrage in den Blick genommen werden, was Frau Sinz verneint. Diese Maßnahmen würden für eine Umsetzung ohne Haushaltsmittel in 2020 zu hohe Kosten verursachen. Die Verkehrsbehörde wird jedoch im UBF berichten, welche Vorschläge zeitnah ohne große Kosten umsetzbar seien (z.B. Tempolimit).

Herr Schumacher fragt an, ob es möglich ist einen Antrag zu stellen, ab sofort in der Bahnhofstraße Tempo 30 oder weniger einzuführen. Da dies in die Zuständigkeit der Verkehrsbehörde fällt, wäre der korrekte Weg eine Bitte an den Bürgermeister, dies zu prüfen und -falls möglich- umzusetzen.

Frau Jacobs-Emeis informiert über einen Prüfauftrag der SPD-Fraktion an die Verwaltung, in welchen Straßen im Wedeler Stadtgebiet es noch keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h gibt und wo das noch erfolgen könne. Dies beinhalte auch die Bahnhofstraße.



Die CDU-Fraktion sieht die Ursache der Probleme der Bahnhofstraße auch in der teilweise mangelnden Attraktivität der ansässigen Läden, dies wäre immer mit der Gestaltung im Zusammenhang zu betrachten. Dennoch sei ein Tempo-Limit auch ein zu behandelndes Thema.

Herr Helms bittet darum, durch die Verbindung von Einzelvorschlägen zu einem Gesamtkonzept keine Verzögerung mehr bei der Umsetzung von Verbesserungen in der Bahnhofstraße zu verursachen; die Anträge des Seniorenbeirates werden in 2 Tagen im UBF behandelt.

Herr Penz fragt sich, wie lange solche Entwicklungen in der Stadtplanung dauern dürfen. Die Bahnhofstraße wird seit Jahren beraten und er hofft, dass es in 2020 Beschlüsse geben wird.

Herr Wuttke weist darauf hin, dass die Verwaltung nach dem Hinweis im letzten Planungsausschuss auf die ungesicherten Fußgängerüberwege im Baustellenbereich schnell gehandelt hat und bereits mit Blinklicht versehene Hinweisschilder aufgestellt wurden.

#### **10.) Antrag der SPD-Fraktion; hier: Ring-Linie und Ruf-Taxi**

Herr Eichhorn erläutert den vorliegenden Prüfauftrag. Die Erfahrungen in Rissen seien durchweg positiv.

Der/Die Mobilitätsmanager\*in solle sich als erstes mit dieser Thematik befassen.

Frau Sinz stimmt zu, dass dies ein Themenbereich für die neue Stelle sei; nach einer ausreichenden Einarbeitungsphase wird der/die Mobilitätsmanager\*in dies auch auf die Agenda nehmen.

Herr Penz merkt an, dass die WSI-Fraktion dieses Thema bereits mehrmals im Planungsausschuss angesprochen hat, aus seiner Sicht ist die Themenanfrage zu diesem Zeitpunkt unsinnig.

#### **11.) Mitteilungen und Anfragen**

##### **11.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen**

Keine aktuellen Berichte.

##### **11.2.) Sonstiges**

Herr Eichhorn äußert das Unverständnis der SPD-Fraktion, dass die beiden Anträge vom 12.11.2019 noch in keinem Ausschuss auf der Tagesordnung sind.



## **12.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB u. a.**

### **12.1.) Einvernehmen nach dem BauGB**

**hier: Bullenseedamm 1a, Erweiterung der vorhandenen Unterkunft für  
Wohnungslose**

**Vorlage: BV/2019/146**

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag.

Frau Jacobs-Emeis weist darauf hin, dass die Beschlussvorlage nicht im Sozialausschuss vorberaten wurde. Die Zuständigkeiten der Ausschüsse sind erst vor kurzem im Rat verabschiedet worden. Die SPD-Fraktion bittet daher um Vertagung bis der Sozialausschuss sein Votum abgegeben hat.

Herr Wuttke unterstützt für die Fraktion Bündnis-90/Grüne den Antrag, da der Sozialausschuss erst inhaltlich beraten müsse, ob die Unterkunft dort erweitert werden soll, bevor der Planungsausschuss dann Planungsrecht schafft. Allerdings gäbe es einen Ratsbeschluss, der den Steinberg und die Heinestraße für neue Unterkünfte priorisiert, dort gibt es bereits Baurecht.

Solange dieser Ratsbeschluss gültig ist, wird die Fraktion Bündnis-90/Grüne der Vorlage nicht zustimmen.

Verwaltungsseitig wird erläutert, dass hier intern Baurecht geschaffen werden soll, um für ein bestimmtes Segment der Zielgruppe weitere Plätze vorhalten zu können.

Herr Wuttke widerspricht, da die im Haushalt vorgesehene finanzielle geplante Investition sehr hoch erscheine. Aus seiner Sicht gäbe es keinen Grund, warum nicht am Steinberg gebaut werden sollte.

Herr Metz unterstützt die Aussage, da seiner Meinung nach die Unterkünfte gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt werden sollten.

Herr Burmester folgt für die CDU-Fraktion dem Antrag von Frau Jacobs-Emeis auf Vertagung und Verweis an den Sozialausschuss.

### **Antrag:**

Die SPD beantragt, die BV/2019/146 zu vertagen und zuerst in den Sozialausschuss zur Beratung zu geben.

Der Antrag wird angenommen mit **13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen**.

### **12.2.) Einvernehmender nach dem BauGB**

**hier: Neubau eines Doppelhauses mit 2 Wohneinheiten sowie eines  
Mehrfamilienhauses mit 4-5 Wohneinheiten und Tiefgarage**

**Vorlage: BV/2019/147**

Herr Wuttke empfindet den vorderen Gebäudeteil als recht lang, er reiche weit über die rückwärtigen Gebäudewände der vorderen Nachbarn hinaus.

Herr Eichhorn möchte wissen ob die Aussage der Nachbarn korrekt sei, dass die GFZ-Werte mit 0,46 den Höchstwert des B-Planes überschreiten.

---

Herr Grass informiert, dass für diesen Bereich lediglich ein einfacher Bebauungsplan vorliege, in der Begründung wird lediglich auf die GFZ von 0,4 im alten Flächennutzungsplan von 1967 hingewiesen. Der aktuelle Flächennutzungsplan von 2010 weist keine GFZ-Richtwerte aus.

Herr Willms erläutert, dass die Baumasse bereits reduziert und behutsam auf dem Gelände platziert wurde. In der GRZ Zahl von 0,28 sind beispielsweise im Gegensatz zu den genannten GRZ-Werten der Nachbargebäude bereits Terrassen eingerechnet. In direkter Nachbarschaft gäbe Gebäude, die einen höheren GRZ-Wert ausweisen als der geplante Neubau oder eine größere Gebäudehöhe hätten.

Herr Burmester merkt an, dass er keine Probleme sehe, solange das Gebäude rechtlich genehmigungsfähig sei und fragt an, ob es einen Antrag auf Vertagung gegebenenfalls mit Ortsbegehung gäbe.

Herr Eichhorn äußert Verständnis, dass man als Nachbar möglicherweise mit den geplanten Neubauten in direkter Umgebung nicht immer einverstanden sei. Solange jedoch rechtlich nichts zu beanstanden sei, müsse man mit solchen Projekten leben. Er schlägt vor, dass Herr Willms mit den Nachbarn in einen Dialog treten möge, um Missstimmungen möglicherweise ausräumen zu können.

Herr Wuttke unterstützt den Vorschlag und beantragt die Vertagung auf die nächste Sitzung, verbunden mit der Bitte an Herrn Willms und den Bauherren, Vermittlungsgespräche zu führen.

Herr Schumacher ergänzt, dass dieser Fall die klassische Problematik von Neubauten in den Siedlungsgebieten der 50er Jahre mit klassischer Einfamilienhausbebauung aufzeige.

**Antrag:**

Die BV 2019/147 wird auf die Januarsitzung des Planungsausschusses vertagt.

Der Antrag wird angenommen mit **12 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung**

Im Anschluss bittet der Vorsitzende alle noch verbliebenen Zuhörer den Ratssaal zu verlassen und eröffnet die nichtöffentliche Sitzung.

**14.) Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Um 21:48 Uhr wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:50 Uhr.

gez. Kay Burmester  
\_\_\_\_\_  
Kay Burmester  
Vorsitzende/r

gez. Katrin Matthies  
\_\_\_\_\_  
Katrin Matthies  
Schriftführer/in

Datum der  
Unterschrift 16.12.2019  
\_\_\_\_\_

16.12.2019  
\_\_\_\_\_

